

DAS VIETNAMESISCHE LEHRSTÜCK DER IMPERIALISTISCHEN POLITIK DER USA

1. Diplomatische Kompromisse

Als ruchbar wurde, daß amerikanische Regierungsvertreter in Paris zu positiven Abschlüssen von Geheimverhandlungen mit Unterhändlern der DRV und des Vietcong gekommen seien, da wurden diese Gespräche der Nixon-Administration als ein Sieg der amerikanischen Diplomatie in den großbürgerlichen Gazetten Nordamerikas und Westeuropas gefeiert. So attestierte die New-York Herald Tribune am 2. 11. 1972 Nixon großes Geschick in der Verknüpfung außen- und innenpolitischer Probleme. Es wurde erreicht, die Antikriegsopposition in Verwirrung zu bringen und vor allem diejenigen Wähler abzuhalten, die zwar nicht geneigt waren, an die Urnen zu treten (etwa 40 %, wie die demoskopischen Institute prognostizierten), aber in ihrer generellen Abneigung gegen den Krieg in Vietnam doch noch den sicheren Sieg von Mr. Nixon hätten gefährden können. Gleichzeitig zeigte man sich über die Zugeständnisse der Amerikaner verwundert, über die Anerkennung des Neununkteprogramms der provisorischen Regierung Südvietnams und über den endgültigen Abzug der amerikanischen Interventionstruppen aus Südvietnam. Aber die Tatsache, daß Thieu, der Statthalter von Amerikas Gnaden, der nicht einen Tag existieren konnte ohne die finanzielle Unterstützung, ohne die amerikanischen Flugzeuge und Waffenlieferungen, gegen dieses Abkommen aufbeehrte, machte klar, daß die amerikanische Regierung mit gezinkten Karten spielte. Als dann auf Drängen Thieus die Unterzeichnung des Abkommens weiter hinausgeschoben wurde und nach den Wahlen Zugeständnisse von den revolutionären Kräften erpreßt werden sollten, wurde deutlich, daß die USA eine Variante zynischer Machtpolitik vorexerzierten. Die Bereitschaft, Frieden zu schließen, war ein Mittel, die inneramerikanische Opposition zu spalten und zu demoralisieren, die beunruhigten Alliierten zu beruhigen und vor den sozialistischen Staaten zu demonstrieren, daß die neue Ostpolitik keine leere Gestik sei. Während sich die USA daran

Rotbücher, Abtl. Politik:



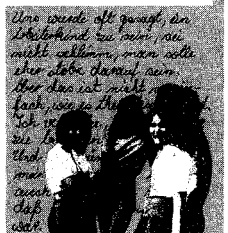
Rotbuch 129: Dieses 1922 entstandene Buch beschreibt die Grundlagen der Industrialisierung der UdSSR und ihre Entwicklung als Utopie bis 1975. Mit zwei Beiträgen von Rabehl zur aktuellen Diskussion über die UdSSR.

160 Seiten. DM 8.- (Abo: 7.-)



Henning Kuhlmann Klassengemeinschaft

Über Hauptschüler und
Hauptschullehrer
und den Versuch herauszufinden,
wann Schule Spaß machen könnte
Rotbuch Verlag Berlin



Rotbuch 131: Wie finden Hauptschüler zu Selbstvertrauen, zum Bewußtsein von ihrer gemeinsamen Lage als Arbeiterkinder? Ein Lehrer beschreibt seine Erfahrungen: selbstkritisch, polemisch und ermutigend. Die Theorie von der Motivationslosigkeit der Hauptschüler wird in Frage gestellt, falsche Ansätze linker »Aufklärung« kritisiert.

120 Seiten. DM 7.- (Abo: 6.-)

Rotbuch Verlag, 1 Berlin 30,
Potsdamer Straße 98.



Kurt Brandis Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie

Über die Brüche zum Fall
einer Sozialdemokratie
Rotbuch Verlag Berlin



Rotbuch 133: Brandis, ein Schüler Korschs, untersucht die Wurzeln der heute 100jährigen SPD. Seit ihren Anfängen waren die Sozialdemokraten eine demokratische Volkspartei. D. h.: Die Parteitaktik beschränkte sich auf Parlament und Reformen, der Marxismus war aufgesetzt, Arbeiter hatten kaum Einfluß.

112 Seiten. DM 7.- (Abo: 6.-)



S. Weiseman (Hg.) Das Troggespräch

Rotbuch 135: Die vorliegende Studie ist eine wichtige und lehrreiche Lektüre für alle, die wissen wollen, wie der US-Imperialismus konkret funktioniert. Der Band enthält u. a. Aufsätze über die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds, die Militärhilfe der USA, den CIA.

192 Seiten. DM 9.- (Abo: 8.-)



Schreiben Sie uns auch, wenn Sie die Rotbücher in einer Buchhandlung nicht erhalten — wir nennen Ihnen eine andere.



Ulf Wolter Grundlagen des Stalinismus

Die Entwicklung des Marxismus
von einer Wissenschaft zur Ideologie
Rotbuch Verlag Berlin



Rotbuch 137: Wolter erklärt, welche materiellen Ursachen die Verflachung des Marxismus hatte, welche soziale Funktion Ideologien erfüllen und warum Elitetheorien in der revolutionären Bewegung ihren Platz finden können.

144 Seiten. DM 8.- (Abo: 7.-)



Arno Münster Portugal

Rotbuch 139: Dieses Rotbuch liefert die Grundlagen zum Verständnis der politischen Entwicklungen in Portugal. Es berichtet von der Vorgeschichte der Revolution, der Rolle der Armee, von den Parteien und den ökonomischen und politischen Widersprüchen in Portugal.

144 Seiten. DM 8.- (Abo: 7.-)



Über das gesamte Verlagsprogramm informiert Sie »Das kleine Rotbuch«. Schreiben Sie uns eine Karte, Sie erhalten es kostenlos!

machten, den südvietnamesischen Marionettenstaat mit den modernsten Waffen auszurüsten, ihm die drittstärkste Luftwaffe der Welt zu „schenken“, wurden in einem gigantischen Vernichtungsfeldzug der amerikanischen Luftwaffe alle strategisch bedeutsamen Gebiete in Südvietnam in „verbrannte Erde“ verwüstet; weiter machte sich diese Kriegsmaschinerie daran, in den befreiten Regionen die wichtigen landwirtschaftlichen Nutzflächen zu zerstören oder mit Chemikalien zu vergiften.

Als die Strategen des Pentagon ausrechneten, daß trotzdem das Thieu-Regime sich nicht lange halten würde und die DRV und Vietcong-Unterhändler den Erpressungsmanövern nicht nachgaben, fand der Plan seine Anwendung, die wichtigen Industriegebiete um Hanoi und Haiphong endgültig in eine Wüste zu verwandeln. Die massiven Angriffe der B-52 Bomber auf diese Regionen der DRV machten deutlich, daß die USA vor einem Waffenstillstand die Wirtschaft Nordvietnams und die Landwirtschaft der befreiten Gebiete Südvietnams so weit vernichten wollten, daß ein geregelter und umfassender Aufbau verzögert wurde und die auftretenden Schwierigkeiten der Wirtschaft den Vorsprung der sozialistischen Industrie Nordvietnams vor der Wirtschaft Südvietnams damit vorerst beseitigten.

Diese Machtpolitik macht deutlich, wie der diplomatische Kompromiß in Südvietnam aussieht und daß im Hintergrund bereits neue Konflikte, d. h. revolutionäre Kämpfe und konterrevolutionäre Anschläge lauern. In der Verhandlungsphase und in der Zwischenzeit, ehe die Verwirklichung des Waffenstillstandsabkommens übergeht in die Periode der Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und neutralen Südvietnams, wird die südvietnamesische Regierung so gestärkt, daß sie konkurrieren kann mit dem sozialistischen Nordvietnam und mit dem demokratischen System der befreiten Zone.

Entweder gelingt es in der amerikanisch protektierten Zone, die kapitalistische Umwandlung der Gesellschaft voranzutreiben, so daß das Thieu- oder ein anderes Regime eine breite Klassengrundlage von mittleren und großen Bauern, von „nationalen“ Kapitalisten und korrumpierten Arbeiterfraktionen erhält, oder aber das Regime ist zumindest militärisch stark genug, alle Befreiungsaktionen der Arbeiter und Bauern zu unterdrücken, d.h. erneut den Krieg anzufangen. Die Modelle Formosa, der Philippinen oder Indonesien mögen Pate gestanden haben bei der Ausarbeitung der Pläne. Ob dieses Experiment gelingt, hängt weitgehend davon ab, ob für den Vietcong die Möglichkeit besteht, nach der Rückkehr der Bauern in die zerbombten Dörfer, den Wiederaufbau in kurzer Frist zu leisten, Saatgut, Düngemittel, Maschinen, Schulen, Krankenhäuser zu beschaffen, Straßen zu bauen, Kanäle zu graben, alle Kriegsschäden zu beseitigen und die demokratische Infrastruktur der Gesellschaft zu erneuern. Die USA und das Thieuregime setzen auf die Erfolge der Wirtschaftshilfe, d. h. auf die kapitalistische Akkumulation und darauf, daß die Bauern die zerstörten Zonen verlassen oder von Anfang an in den Städten bleiben. Das Kalkül der Konterrevolution geht davon aus, daß der dreißigjährige Krieg die Expropriation großer Teile der Bauernklasse und damit eine Veränderung der Klassenstruktur Südvietnams eingeleitet hat, so daß der revolutionäre „Fisch“, der Vietcong, nicht mehr so ohne weiteres im „Wasser“, im Volk der armen Bauern, Handwerker, Landarbeiter und Arbeiter schwimmen kann.

Mit dem Waffenstillstandsabkommen und mit den Kompromissen über einen Friedensvertrag hoffen die USA, die soziale Revolution endgültig auf Südvietnam, Laos und Kambodscha einzuschränken. Es wird weiter deutlich, daß die USA keineswegs ihr fast dreißigjähriges Engagement in Südostasien aufgeben. Es wird anerkannt, daß die revolutionären Bewegungen militärisch hier nicht zu besiegen sind,

weshalb die revolutionären Auseinandersetzungen in Diplomatie und „friedlichen“ Wettbewerb verlagert werden, um auf diesem Niveau die revolutionären Kräfte zurückzudrängen. Der Kompromißfrieden anerkennt, daß auch die Konterrevolution militärisch vorläufig nicht zu überwinden ist. Ausgangsbasen für einen neuen Bürgerkrieg werden gefestigt.

Die politische Übereinkunft der USA, der Sowjetunion und China, zur Lösung der vietnamesischen Frage beizutragen, d.h. die Widersprüche zwischen den kämpfenden Klassen ‚friedlich‘ zu regeln, läßt die Vermutung aufkommen, daß es im Interesse dieser Großmächte liegt, selbstverständlich grundsätzlich anders motiviert, die Revolution in Südostasien einzuschränken und ihre Ausweitung auf andere asiatische Regionen zu vermeiden. Die Rückwirkungen der revolutionären Kämpfe in Vietnam, die ganz bestimmte inhaltliche Vorstellungen über die Ziele der demokratischen und sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft hervorriefen, mußten in Zukunft noch mehr die Interessen der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion aber auch Chinas beeinflussen und auf diese Weise Richtung und Intensität der ökonomischen Politik dieser Staaten tangieren. In den USA und in Westeuropa hat in dieser ‚Vorbereitungsphase‘ der Klassenkämpfe der Arbeiter die Solidarität mit der Revolution in Vietnam den Einfluß der radikalen Linken verstärkt. Und es offenbart sich eine gewisse Ironie in der Geschichte, wenn zum großen Teil auch aus inneren Schwierigkeiten heraus Imperialismus und sozialistisches Lager zu Kompromissen finden.

Um die Kontinuität imperialistischer Politik in Vietnam zu belegen, gehen wir an dieser Stelle auf die Pentagonpapiere ein, die die Planungen des US-Imperialismus für Vietnam andeuten. Nach der Aufarbeitung dieser Strategie sollen in Thesen Fragestellungen aufgeworfen werden, die die Chancen von Revolution und Konterrevolution behandeln, in Südvietnam ihre Ziele zu verwirklichen.

2. Die Kontinuität imperialistischer Politik in Südostasien

Das politische Konzept der USA über die strategischen Ziele in Südostasien wurde in einer Erklärung des Nationalen Sicherheitsrats Anfang 1952 festgelegt. Es bildete die Grundlage aller Erklärungen der amerikanischen Politik bis in die jüngste Gegenwart und ist als eine Grundmarkierung anzusehen, von der alle diplomatischen Zugeständnisse und Variationen abgeleitet wurden.

„Eine kommunistische Herrschaft über ganz Südostasien – auf welchem Weg auch immer – würde schon innerhalb kurzer Zeit die amerikanischen Sicherheitsinteressen ernsthaft und auf lange Sicht bedrohlich gefährden.

- a) Der Verlust eines der Länder Südasiens durch die kommunistische Aggression würde bedenkliche psychologische, politische und wirtschaftliche Folgen haben. Ohne wirksame und rechtzeitige Gegenmaßnahmen würde der Verlust auch nur eines einzigen Landes bei den übrigen Ländern dieser Gruppe wahrscheinlich relativ rasch zur Unterwerfung unter oder Anpassung an den Kommunismus führen. Darüber hinaus würde ein Einschwenken des restlichen Südasiens, Indiens und auf lange Sicht des Nahen Ostens auf die Linie des Kommunismus (vermutlich nur mit Ausnahme Pakistans und der Türkei) aller Wahrscheinlichkeit nach Schritt für Schritt folgen. Eine so weiträumige Neuformierung müßte die Stabilität und Sicherheit Europas gefährden. (...)
- b) Südostasien, insbesondere Malakka und Indonesien, ist der Hauptlieferant für Kautschuk und Zinn in der Welt; es fördert Erdöl und produziert andere strategisch wichtige Güter. Der Reimport Burmas ist entscheidend für Malakka, Cey-

lon und Hongkong und von erheblicher Bedeutung für Japan und Indien; alles wichtige Gebiete des freien Asiens.

- c) Der Verlust Südostasiens, insbesondere Malakkas und Indonesiens, könnte zu einem so starken wirtschaftlichen und politischen Druck auf Japan führen, daß es äußerst schwierig wäre, Japan dem Einfluß des Kommunismus zu entziehen.

(...)

Die Hauptbedrohung für Südostasien entsteht daher durch die mögliche Verschlechterung der Situation in Indochina infolge der nachlassenden Entschlossenheit oder wegen der Unfähigkeit der französischen Regierung und der Union-Staaten, den Kampf gegen den Viet-minh-Aufstand fortzusetzen.“ (1)

Durch den Koreakrieg und durch die Verhandlungen zur Beendigung der amerikanischen Invasion in Korea wurde die kriegerische Einmischung in Vietnam von Seiten des US-Imperialismus verzögert. Alle Rechtfertigungen der beschränkten Eskalation des Krieges in Vietnam und des zunehmenden amerikanischen Engagements in Südostasien griffen immer auf die dargelegten amerikanischen Interessen zurück. Sei es nun der Bericht des Vizepräsidenten Johnson über seine Besuche asiatischer Länder – oder seien es die Schlußfolgerungen von Verteidigungsminister McNamara zu dem Lagebericht, den General Taylor 1961 anfertigte, seien es die Überlegungen der Bombardierung Nordvietnams – immer wurde hervorgehoben, daß der Kampf gegen den Kommunismus in Südostasien mit Stärke und Entschlossenheit aufgenommen werden mußte, um dort erfolgreich zu sein – sonst könnte die USA den gesamten pazifischen Raum aufgeben. Zum Führungsanspruch der USA gab es in diesen Gebieten keine Alternative. (2)

Den Kompromiß der Genfer Verhandlungen von 1954 anerkannten die USA von Anfang an nicht. Ihnen kam es darauf an, das Kräfteverhältnis in Südvietnam zu verändern und zu gewährleisten, daß einer direkten und indirekten Hilfe der reaktionären Parteien nichts im Wege stand. Zu diesem Zwecke wurde bereits 1954 die SEATO gegründet und Südvietnam trotz Neutralitätsabmachungen in Genf in den Machtbereich dieses Militärpaktes integriert. Diesen SEATO-Vertrag, auch Manilapakt genannt, unterzeichneten Australien, Neuseeland, Frankreich, Pakistan, Thailand, die Philippinen und die USA. Das industrielle Potential und die militärische Macht der USA bildeten das Rückgrat dieses Paktes. Daß dieses Militärbündnis geschlossen wurde, um die Intervention in Gebieten und Ländern vorzubereiten, wo die unterdrückten Klassen des Volkes sich anschickten, die alten Verhältnisse umzustürzen, belegen zwei Besonderheiten des Vertragstextes.

Art. 4 Abs. 1 des Vertrages bestimmte, daß der Bündnisfall nicht nur durch einen „bewaffneten Angriff auf einen der Vertragsschließenden“ eintritt, sondern er kann auch „auf einen Staat oder Territorium, das die Vertragspartner noch bezeichnen“, angewandt werden. Einen besseren Gummiparagraphen, der sich auf die Intervention in Südvietnam richtete, konnten sich die militärischen Akteure dieses Paktes nicht ausdenken. Um alle Mißverständnisse auszuschließen, wurde die Aggressionsabsicht noch präziser umrissen, denn nach Art. 4 Abs. 2 dieses Vertrages

- 1) Politisches Konzept der USA über Ziele in Südostasien 1952, Dokument Nr.2, Pentagonpapiere, München-Zürich, 1972, S. 26/27.
- 2) Auszüge aus dem Memorandum „Mission in Südostasien, Indien, Pakistan“ von Vizepräsident L.B.Johnson an Präsident Kennedy, Mai 1961, Dokument Nr.21, Pentagonpapiere, a.a.O., S. 122; Bericht von Rusk und McNamara an Kennedy über Südvietnam, Dokument Nr.20, ebd., S.145; Wheelers Bericht an Johnson nach der Tetoffensive, Dokument Nr.132, ebd., S.615.

ist der Bündnisfall auch dann gegeben, wenn im Vertragsgebiet die territoriale Integrität, die Souveränität oder die politische Unabhängigkeit „auf andere Weise als durch den bewaffneten Angriff bedroht“ ist. In den Genfer Verhandlungen wurde zum gleichen Zeitpunkt ein Abkommen ratifiziert, das die Bestimmungen der Durchführung freier Wahlen festlegte. Würden die Kommunisten und ihre Bündnispartner die Mehrheit der Wähler hinter ihr Programm der demokratischen Umgestaltung Südvietnams bringen, so würden die Armeen des SEATO-Paktes intervenieren. Aus diesen Überlegungen heraus leisteten die USA Wirtschafts- und Militärhilfe an die Diem-Regierung, entsandten Spezialisten für Verwaltungsarbeit, für Ausbildung der Polizei und Armee, gründeten die diversen Organisationen, die Sabotage und Terror gegen die „Vietminh-Gebiete“ vorbereiteten und durchführten und die alle Mittel der Indoktrination und der Lüge aufboten, um Angst, Mißtrauen und Haß in den verschiedenen Klassen des vietnamesischen Volkes zu provozieren.

Es ist wichtig, heute daran zu erinnern, daß die Genfer Abkommen, Kompromisse zwischen der Befreiungsbewegung und den imperialistischen Mächten, von Anfang an von den konterrevolutionären Mächten nicht anerkannt wurden. Es ist offensichtlich geworden, daß es eine „demokratische Etappe“ der Revolution in den Ländern der Kolonialrevolution nicht gibt. Eine politische Kooperation zwischen den Arbeitern, Landarbeitern, armen Bauern, der Kleinbourgeoisie und der demokratischen Intelligenz auf der einen Seite und den Grundbesitzern, Großbauern, der Kolonialbourgeoisie, den Handels- und Wucherkapitalisten auf der anderen Seite ist nicht möglich. Die feudalen und kapitalistischen Klassen und Klassenfraktionen haben sich in der Phase der imperialistischen Herrschaft vollständig identifiziert mit der imperialistischen Machtpolitik.

So wie sie die Ausbeutung nur aufrechterhalten können mit Unterstützung des amerikanischen Imperialismus, so kann umgekehrt die politische Einflußnahme dieser Macht nur erfolgen auf der Basis dieser organisierten Konterrevolution. Indem im Falle Südvietnams die Vietminh-Kader in den Norden gingen und die Partisanenarmee entwaffnet wurde, bekamen die konterrevolutionären Kräfte leichtes Spiel, die Genfer Abmachungen zu hintertreiben und die „Demokratie“ kurzfristig umzuwandeln in eine Militärdiktatur, die die revolutionären Politiker in die Zuchthäuser und KZ warf. Der Kompromiß in Genf stellte sich sehr bald als Rückschlag für die Revolution heraus. Die USA setzten alles daran, diesen Kompromiß in einen Sieg für die Konterrevolution umzuwandeln. Den militärischen und soziologischen Planern des Pentagons war klar, daß eine rein militärische Lösung nicht gegeben war. Eine bloß militärische Zurückdrängung der revolutionären Klassen hätte nur die Alternative einer offenen imperialistischen Machtausübung in Südvietnam übriggelassen. Es wurden also die verschiedenen Projekte ausgearbeitet, die eine Vietnamisierung der Revolution angingen.

Zwei grundsätzliche Aufgaben waren dabei zu lösen: Einmal die konterrevolutionäre Regierung und ihren Machtapparat finanziell und militärisch zu stützen, zum anderen mußte versucht werden, die Ursachen der sozialen Revolution zu „beheben“. Nach den Vorstellungen dieser Sandkasten-Strategen konnten diese Aufgaben nur gelöst werden, wenn der Regierungs- und Machtapparat nicht mehr feudale und frühkapitalistische Klasseninteressen wahrnahm, sondern sich ausrichtete auf die Bedingungen einer „kapitalistischen Gesellschaft“. Dazu war es notwendig, eine Industrie in den Städten aufzubauen, große Teile der Bauern vom Land zu vertreiben und sie in Proletarier umzuwandeln und eine starke Mittel- und Großbauernschaft zu schaffen, die eine politische Stütze der Regierung werden konnte. Für

Südvietnam würde das bedeuten, eine Bodenreform durchzuführen und die produktiven Bauernwirtschaften mit modernen landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln etc. zu versehen, und ein Umsiedlungsprogramm der armen Bauern und Landarbeiter in die Städte einzuleiten. So sollten im Mekong-Delta kapitalistische Musterwirtschaften entstehen und Küstenregionen in Industrie- und Handelszentren verwandelt werden.

Vorläufig gab es keine Möglichkeiten, Diem, die Grundbesitzer, die Wucher- und Handelskapitalisten zu zwingen, ihre Ländereien aufzugeben und einer Landreform, wenn auch finanzielle Entschädigungen angeboten würden, zuzustimmen. Im Gegenteil: Der konkrete Stand des beginnenden Aufstandes der Bauern gegen das Diem-Regime und die Bildung der politischen und militärischen Kraft des Vietcong zwangen die USA, das Diem-Regime vorbehaltlos zu unterstützen und die verschiedenen Gegensätze der „Vietnamisierung der Konterrevolution“ hinzunehmen. Aber in allen Situationen versuchten sie im Zusammenhang mit ihren militärischen Vorhaben auch die politischen und sozialen Programme zum Zuge kommen zu lassen. (3)

Das erklärt auch, daß der CIA den Sturz Diems einfädelt und später die Revolte des „Jungtürken“ Ky und Thieu gegen den Militärdiktator Khanh die volle amerikanische Unterstützung erhielt. Hinter diesen Maßnahmen steckte die Absicht, eine weitere Isolierung des südvietnamesischen Machtapparats von den vietnamesischen Massen zu verhindern und nicht zuzulassen, daß er nur im Interesse kleiner Fraktionen der bürgerlichen Klasse und auf der Grundlage der religiösen Minderheit der Katholiken agierte. Zugleich kam es darauf an, Militärs und Beamte in diesem Verwaltungsapparat zum Zuge kommen zu lassen, die sowohl den militärischen und politischen Aufgaben einer Konterrevolution gewachsen, aber zugleich bereit waren, zugunsten einer kapitalistischen Konsolidierung dieser Konterrevolution ihre spezifischen frühkapitalistischen und religiösen Klassen-Borniertheiten aufzugeben. (4)

In dem Maße, wie die Revolution sich in Südvietnam ausweitete und die südvietnamesischen Truppen Niederlage auf Niederlage einstecken mußten, fand eine Modifizierung des ursprünglichen Programms statt. Die Pazifizierung des Südens mußte in einen Zusammenhang mit dem Bombenterror gegen die befreiten Gebiete und gegen Nordvietnam gesehen werden. Hinter der Bezeichnung „Pazifizierung“ verbarg sich das Programm der Schaffung von Wehrdörfern und die Vertreibung der Bauern aus den befreiten Gebieten in die Städte, um sie der totalen Kontrolle des südvietnamesischen Regimes auszusetzen. Der Taylorplan der Pazifizierung ist zwar nicht veröffentlicht, aber sowohl aus den einzelnen Maßnahmen, aber auch aus Stellungnahmen Taylors zur Lage in Südvietnam ist seine Grundtendenz ersichtlich. Der politische Teil beschreibt den Gang der Vietnamisierung des Krieges, der zuerst ausgeht von einem verstärkten Engagement der Amerikaner in Südvietnam und der Eskalierung des Bombenkrieges gegen Nordvietnam, aber zum Ziel hat, das südvietnamesische Regime zu festigen und die südvietnamesische Wirtschaft auf kapitalistische Produktionsverhältnisse „umzuorganisieren“. Der Bombenterror selbst wurde verstanden als Mittel, Nordvietnam zu demoralisieren, seine sozialisti-

-
- 3) Vietnam-„Aktionsprogramm“ von Kennedys Arbeitsgruppe, Dokument Nr.18, ebd.S. 113; Zusammenfassung des von den Vereinigten Stabschefs an McNamara gesandten Taylorberichts, 1964, Dokument Nr.69, ebd., S. 286.
 - 4) Notizen zur Kennedy-Konferenz über das Diemregime im Juli 1963, Dokument Nr.33, ebd., S.186; Telegramm des Weißen Hauses an Lodge, das auf Reformen drängt, Dokument Nr.45, ebd., S.200; Lodge gibt Bundy Anweisungen, die Entwicklung des Putsches nicht zu stören, Dokument Nr.57, ebd., S.222.

sche Wirtschaft zu zerstören und eine günstige Ausgangsbasis bei Verhandlungen zu erzielen. An Rückzug dachten die USA in keinem Augenblick. Taylor erläuterte bereits 1964 amerikanischen Regierungsbeamten in groben Umrissen die „neue“ Politik in Südvietnam:

„Wenn wir nach alledem in Vietnam ein Spiel spielen, das verloren zu gehen scheint, dann wird es höchste Zeit, daß wir unseren Kurs ändern. Dazu müssen wir drei Dinge tun: Erstens müssen wir in Südvietnam für eine stabile Regierung sorgen; zweitens müssen wir eine Verbesserung aller Maßnahmen erreichen, die der Abwehr der Insurgententätigkeit dienen, und drittens endlich müssen wir erreichen, daß Nordvietnam seine Unterstützung für den Vietcong aufgibt. (...) Um die Moral zu heben und den Vietcong zurückzudrängen, müssen die 34-A-Operationen intensiviert und Luftangriffe auf Nachschubwegen im laotischen Korridor sowie Vergeltungsschläge durchgeführt werden. Die Beteiligung der US-Streitkräfte an den Einsätzen in Laos ist wichtig, um den Südvietnamesen zu zeigen, daß wir durchaus bereit sind, auch das Risiko eines Angriffs auf Nordvietnam mitzutragen. Sollte unser Plan den politischen Gegebenheiten nicht entsprechen und die Regierung in Südvietnam gestürzt werden, müssen wir wieder von vorn anfangen oder nach einem neuen Weg suchen.“ (5)

Die begrenzte Eskalation trat in Kraft. Immer mehr amerikanische Truppen wurden gelandet, um den Zusammenbruch des südvietnamesischen Regimes zu verhindern. Nach der Tonkingaffäre wurde mit der Operation „Rollender Donner“ die massive Bombardierung eingeleitet. Reichten die Bombardierungen nicht aus, die revolutionären Kräfte im Süden und im Norden in die Knie zu zwingen, so sollten sie Mittel sein, einen günstigen „Frieden“ zu erreichen, der nicht weit hinter dem Kompromiß von Genf zurückfiel, aber auf jeden Fall den Status quo in Südostasien aufrechterhielt – also verhinderte, daß die Revolution sich ausweitete. (6) Im Dokument Nr. 96 wurden die möglichen Verhandlungsergebnisse durchgespielt, die angestrebt werden sollten, wenn der konterrevolutionäre Sieg unmöglich wurde:

- „ 1. Ein befriedetes, nichtkommunistisches Südvietnam.
2. Eine „laotische“ Lösung mit Gebieten, die de facto vom Vietcong beherrscht werden, einer „Regierung der nationalen Einheit“ und einer vorgeblich von Nordvietnam unabhängigen Befreiungsfront.
3. Ausdrückliche Teilung von Südvietnam, wobei jeder Teil seine eigene Regierung erhält.
4. Ein „unsicheres Gleichgewicht“, d. h. schleichender Krieg – mit sich langsam verschiebenden Fronten zwischen Südvietnam und dem Vietcong.
5. Verlust von Südvietnam an die Volksrepublik Nordvietnam. Vorbeugende Maßnahmen zur nachteiligen Auswirkung im Falle einer Niederlage. Unter der Voraussetzung, daß selbst die umfassendsten Bemühungen der USA und Südvietnams nur eine Niederlage zur Folge haben sollten, sind bereits jetzt Maßnahmen zu ergreifen, um nachträglich Schaden von den USA abzuwehren.“(7)

Dabei war daran gedacht, in anderen Ländern Südostasiens zu intervenieren

-
- 5) Taylor unterrichtet im November 1964 die wichtigsten Beamten über die Lage, Dokument Nr.87, ebd., S.368 ff.
 - 6) Endgültiger Entwurf für eine von der Arbeitsgruppe erstellte Lagebeurteilung, Dokument 88, ebd., S. 371.
 - 7) Ein Entwurf McNaughtons für McNamara, Thema: „Vorschläge für Aktionskurs“, März 1965, Dokument Nr.96, ebd., S. 431.

und einen politischen und militärischen Druck auszuüben, damit nirgendwo in der Welt das vietnamesische Beispiel zündete. Auch die Zeremonie der Kompromißlösung wurde im Juli 1965 durchgespielt. Punkt 1 und Punkt 5 der möglichen Lösungen wurden ausgeklammert, es blieben die Punkte 2 bis 4, wobei die USA anstrebten, eine Teilung Südvietnams durch die massiven Bombardierungen zu erreichen, um in der „amerikanischen“ Zone eine günstige Ausgangsbasis für ein roll-back auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene zu finden. Um nach der Eskalation des Krieges zu Verhandlungen zu kommen, wurde ein Spektrum diplomatischer Manöver durchgespielt:

„Wir können von Hanoi Punkten alle außer einem akzeptieren. Auch über einige Grundregeln für wirklich ernsthafte Verhandlungen – ohne alle Vorbedingungen – sollten wir uns einigen können.

- ... wenn diese erste Fühlungnahme zu weiteren geheimen Sondierungsgesprächen führt, können wir den Begriff der Selbstbestimmung ins Gespräch bringen, der dem Vietcong einige Aussicht auf Durchsetzung seiner politischen Ziele durch Wahlen oder andere Mittel eröffnet.
- Auf unserer Seite sollten die Kontakte durch einen nicht der Regierung angehörenden geeigneten Mann wahrgenommen werden.
Wenn sich auf dieser Ebene Fortschritte erzielen lassen, kann dies die Basis für eine spätere multinationale Konferenz sein. Zu irgendeinem Zeitpunkt muß natürlich die Regierung von Südvietnam an Bord geholt werden, allerdings würde ich diesen Schritt zurückstellen, bis wir – was Hanoi angeht – eine in der Substanz positive Reaktion haben.
- Bevor es zu einer offiziellen Konferenz kommt, sollte unsere prinzipielle Zustimmung zu folgenden Punkten festgelegt werden:
 - a) die USA werden ihre Bombenangriffe auf den Norden einstellen,
 - b) die Südvietnamesen werden im Süden keine Offensivoperationen einleiten und
 - c) die Nordvietnamesen werden Terrorakte und andere aggressive Aktionen gegen den Süden beenden.
- Die auf dieser Konferenz geführten Verhandlungen sollten darauf abzielen, unserer Übereinkunft mit Hanoi die Form eines multinationalen Abkommens zu geben, das von den USA, der Sowjetunion und möglicherweise anderen Seiten garantiert wird und zu dessen Verwirklichung ein internationaler Überwachungsmechanismus beitragen muß.“ (8)

3. Fragen über Vietnam

- a) Die Pentagonpapiere stehen im Kontext der neokolonialistischen Politik des Imperialismus, die in Lateinamerika, Afrika und einigen Teilen Asiens ohne Zweifel zu Erfolgen geführt hat, wenn sie auch nur für eine gewisse Zeit durch militärische und wirtschaftliche Maßnahmen die soziale Revolution zurückdrängen konnte. Es steht fest, daß die alten Formen imperialistischer Ausbeutung nur noch beschränkt angewandt werden, daß – neben den Formen der „klassischen“
-
- 8) George Balls Memorandum an Johnson über „eine Kompromißlösung“, Juli 1965, Dokument Nr.103, ebd., S.449.

Ausbeutung – in einigen strategischen Kernländern, etwa in Columbien, in Brasilien, in Formosa, in Indonesien, in Singapur, der Aufbau einer Konsumtionsmittel- oder sogar der Aufbau der Produktionsmittelindustrie erfolgt. Dieser Prozeß gründet sich auf eine langfristige Expropriierung der Bauern und der Schaffung eines Industrieproletariats, daß den technisch-wissenschaftlichen und ökonomischen Bedingungen der großen Industrie gewachsen ist. Trotz ausländischer Investitionen gewinnen die nationalen Bourgeoisien, die kleinen und mittleren Industriellen, das kapitalistische Grundeigentum bei der Umwälzung der Gesellschaft von ihrem frühkapitalistischen oder kolonialistischen Zustand in die kapitalistische Form wirtschaftliche und politische Bedeutung.

In Vietnam scheiterten bisher alle Ansätze der forcierten kapitalistischen Akkumulation. Zwar gelang es z. T. die feudalen Besitztümer in kapitalistische Farmen zu verwandeln. Die Klasse der Grundeigentümer überließ jedoch angestellten Spezialisten den Betrieb, wenn sie nicht überhaupt über Pachtzinsen, Wuchergeschäfte und Großhandel mit landwirtschaftlichen Produkten die Bauern auspreßte. Der Bürgerkrieg verhinderte größere Investitionen in Manufaktur oder Industriebetrieben und die Grundeigentümer, Händler und Wucherkapitalisten zogen es vor, das Geld im Ausland zu horten. Die Monokultur der Kolonialzeit wurde in keiner Weise überwunden. Über den Staat versuchten diese Klassen, die sozialen Ansprüche der Bauern zurückzudrängen, weshalb die Bodenreformen, zu denen die Amerikaner rieten, weitgehend scheiterten.

Der Krieg, die aufgeblähte südvietnamesische Armee, schufen für das Wucher- und Handelskapital neue Betätigungsfelder wie Unterschlagungen, Schiebungen, Bestechungen, Korruption usw. ‚Investiert‘ wurde ausschließlich im Handel, im Import japanischer Konsumgüter oder im schwarzen Markt. Einzelne Werkstätten, Wäschereien, Reparaturanstalten, Nähereien und Stacheldrahtmanufakturen profitierten vom Krieg; alle anderen Rüstungsgegenstände wurden aus den USA herbeigeschafft. Die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals wurde vor allem durch den Krieg geleistet.

Der Krieg trieb Millionen Bauern in die Flüchtlingslager der Küstenregionen. Hier leben sie als ein riesiges Arbeitslosenheer von Regierungsalmosen. Unausgebildet, behaftet mit allen Illusionen und Hoffnungen der bäuerlichen Klasse, eignen sie sich zu Hilfsarbeitern, sind aber in einer Erdöl- oder erdölverarbeitenden Industrie, in Maschinenfabriken, Textilindustrien usw. vorläufig unverwendbar. Bleiben die Armeeingehörigen, die durch den Krieg mit Produkten der großen Industrie in Berührung gekommen sind: mit Maschinenpistolen, Raketen, schweren Geschützen, Lastwagen, Minensuchern, Panzern usw. ihre Bekanntschaft mit den Resultaten kapitalistischer Produktionsweise gemacht haben. Aber zwischen der bloßen Zerstörung mit Hilfe automatischer Waffen und der produktiven Arbeit in modernen Industrien ist keine einfache Identität zu setzen. USA und Japan mögen nach Vietnam Geld hineinpumpen; die Industrialisierung verläuft nicht automatisch, denn sie hat die Widerstände der Wucher- und Handelskapitalisten, der Korruption, der Handwerker, Flüchtlinge, Soldaten usw. usw. zu überwinden, was ohne soziale Unruhen nicht zu erwarten ist.

- b) Der Staatsapparat, die Militär- und Verwaltungsadministration, die Geheimpolizei, die Armee, angeschwollen auf über eine Million Menschen, hat in Südvietnam nicht nur keine Klassensbasis, er erdrückt als aufgeblähter Überbau die Gesellschaft Südvietnams. Die kleine Klasse der Kriegsgewinnler, Händler, Schieber, Lieferanten, Generäle und höherer Beamte, die Großgrundbesitzer, die mittleren

Exponenten von Verwaltung, Armee und Polizei, die religiöse Minderheit militanter Katholiken, einige reiche Bauern tragen diesen Staat, der finanziert werden muß von den USA. Durch Terror, Spitzerei, Konzentrationslager mag er in den Städten mit Gewalt Ruhe und Ordnung aufrechterhalten, er bildet in dieser Form jedoch ein Hindernis für die kapitalistische Industrialisierung, für die Schaffung eines inneren Marktes und für den industriellen Aufbau. Solange dieser Apparat besteht, sind Korruption, Manipulation und die Sabotage der demokratischen Umwandlung die einzigen Garanten dafür, daß der Status quo erhalten bleibt.

- c) Ein wichtiger Garant für die Aufrechterhaltung des Waffenstillstands- und Friedensabkommens in Vietnam scheinen für die USA die sozialistischen Länder zu sein. Die Ost-West-Geschäfte, die Investitionen und Kredite des westlichen Kapitalismus in die verstaatlichte Wirtschaft der Volksdemokratien, die sich ab 1972 verstärkt anbahnten, ließen bei der Verminderung von Haiphong und bei dem Ausrottungsfeldzug, den die amerikanischen Bombenterroristen über Süd- und Nordvietnam zogen, nur verbalen Protest erwarten. Und tatsächlich wurde nur Protest aufgeboten. Selbst die starken französischen und italienischen kommunistischen Gewerkschaften unterließen es, dem Beispiel der australischen Gewerkschaften zu folgen, alle amerikanischen Kriegsschiffe zu boykottieren oder gar Militärtransporte zu stoppen. Die Rücksichtnahme auf die potentiellen Volksfrontpartner und die Wahrung des politischen Friedens zwischen Ost und West mag sie veranlaßt haben, von diesen Kampfmaßnahmen abzusehen. Die Waffenlieferungen der sozialistischen Länder an Nordvietnam und den Vietcong nahmen zu, standen aber in Quantität und Qualität in keinem Verhältnis zu den Lieferungen der Amerikaner nach Südvietnam. Es fehlten die modernen Abfangjäger, moderne U-Boote, die neuesten Abwehr- und Mittelstreckenraketen und es fehlten Maßnahmen, die einen politisch-diplomatischen Druck auf den Imperialismus ausüben, nicht zu weit zu gehen. Es fragt sich im Fall Vietnams, wer von wem abhängig ist, die USA und ihre Verbündeten vom Osthandel, um die Wirtschaft zu stabilisieren oder umgekehrt das sozialistische Lager von westlichen Investitionen, um die Wirtschaft voranzubringen und auf hohem technischen Niveau zu stabilisieren. Und es fragt sich, ob von sozialistischer Seite in Vietnam ein neues Spanien 1936 oder ein neues Griechenland 1946/47 hingenommen wird?

Ein nationalistisch beschränktes Nordvietnam, das sich ausschließlich um den eigenen Aufbau kümmert und einen Partei- und Staatsapparat hervorbringt, der sich in „stalinistischer“ Manier von den Massen der Arbeiter und Bauern isoliert und gesellschaftliche Funktionen einer sozialistischen Demokratie verstaatlicht, d.h. den Produzenten als bürokratischen Apparat gegenüber setzt und verselbständigt – das wäre eine Gesellschaftsform, die sogar das Entzücken der USA erregen würde. Kissingers Andeutungen und Rogers Verhalten auf der Pariser Vietnam Konferenz deuten an, daß die USA eine derartige Entwicklung für Nord- und Südvietnam begrüßen würden.

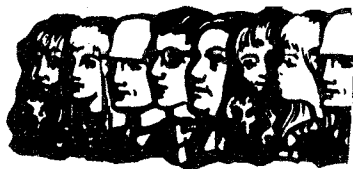
- d) Die Empörung über die amerikanischen Verbrechen in Vietnam hatte sich auch in der Bundesrepublik weiter ausgebreitet in große Teile der Arbeiterklasse, der Kleinbourgeoisie und der Intelligenz. Die Haltung linker Sozialdemokraten und Gewerkschaftler zeigte, daß diese vorerst humanistische Empörung umschlägt in antiimperialistische Kritik. Dadurch wäre die sozialistische Opposition der Intelligenz an den Universitäten und Schulen in die Lage versetzt, die Vietnam-

kampagnen überzuleiten in Massendemonstrationen gegen den Krieg, gegen die offizielle Stellungnahme der Sozialdemokratie und gegen die amerikafreundliche Position der Bundesregierung. Eine Vorbedingung wäre die Kooperation in der Einheitsfront, die von der linken Sozialdemokratie, über linke Gewerkschaftler bis zur DKP reicht.

In den letzten Vietnamdemonstrationen wurde deutlich, daß die verschiedenen Intellektuellensekten nicht fähig und bereit sind, ihre spezifischen Allüren und Borniertheiten abzulegen. Unter dem Vorwand der Solidarisierung mit Vietnam veranstalteten sie ihre Prozessionszüge, die kaum Anklang unter den Arbeitern fanden, weil die Parolen verdeutlichten, hier nehmen Sektanten den Vietnamkrieg zum Anlaß, ihre Rezepte der Erneuerung der Menschheit vorzutragen. Es geht ihnen gar nicht darum, den Sieg der vietnamesischen Revolution zu unterstützen, Aufklärung zu geben über Erfolge, Schwierigkeiten und Widersprüche dieser vietnamesischen Revolution, die proamerikanische Ideologie in Westdeutschland aufzubrechen und Gewerkschaftler und Sozialdemokraten in ihrer Solidarität mit Vietnam zu helfen. Hinter den Siegesparolen lauerten absurde Angriffe gegen die Sowjetunion, die mit dem US-Imperialismus gleichgesetzt wurde, gegen DKP, linke Sozialdemokratie und Gewerkschaftler. Die Parolen über den „Sieg“ verbreiten Unsicherheit, Unkenntnis, Spaltung und Demoralisierung. Die Sektengruppen der sozialistischen Opposition bewiesen uns und sich dadurch, daß sie politische Taktik, die auf die Mobilisierung der Arbeiter abzielt, aufgegeben haben, daß sie nicht Avantgarde, sondern Nachtrab, ein Sammelbecken für eine „verzweifelte“ Intelligenz sind, die nicht wahrhaben will, daß die Klassenkämpfe der Arbeiter die gesellschaftliche Entwicklung prägen, und daß nur die Solidarität der Arbeiter in Westeuropa, in den sozialistischen Staaten und den USA die vietnamesische Revolution davor bewahren kann, vor den imperialistischen Anschlägen zu kapitulieren.

Schwarze Protokolle

ZUR THEORIE DER
LINKEN BEWEGUNG



Die SCHWARZEN PROTOKOLLE sind eine Dogmatismus-kritische Zeitschrift. Bisher sind 12 Hefte erschienen. Sie enthalten thematisch Kritik an Lenin, Luxemburg, Mandel u.a. Theoretikern, am Militantismus und an der RAF, sowie Beiträge zu Surrealismus, Neue Frauenbewegung, men's lib und anderes.

Nr.13/'76: Beruf - Durchwursteln - Alternative: eine Diskussion + Die Partikularität des Weltgeistes + Die Emanzipation ist futsch + Raptan u.d. Widersprüche der Emanzipation + Buch- und Filmbesprechungen + Comic +

Lieferbar sind die Nr.9, 11 u. 12

Die SP kosten je Heft 4,50 DM, ein Abo für vier Hefte 18,- DM.
Redaktion: Peter Ober, 1 Berlin 31,
Johann-Georgstr.3; PSK: Bln 332525